

Redaktion:  
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.  
Abonnement-Preise:  
Für Oesterreich-Ungarn mit freier  
Wohlfahrtung:  
Halbjährig . . . . . 80 kr.  
Vierteljährig . . . . . 40 kr.  
Für Deutschland:  
Vierteljährig (unter Kreuz) 70 kr. =  
Mark 1.20.  
Für das übrige Ausland:  
Vierteljährig 88 kr. = 1 Franc 25 Cent.  
Einzeln Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem  
10. und 24. im Monat.  
Unverfälschte Reklamagen sind portofrei.

# Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

Administration u. Expedition:  
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

Inserions-Gebühr:  
Für Anzeigen von Parteigenossen:  
5 kr.  
Für Anzeigen von Privatpersonen:  
10 kr.

die dreimal gepunktete Zeile oder  
deren Raum.

Wir erlauben bei allen Geldsendungen  
sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte

werden nicht zurückgegeben.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Nr. 17.

Wien, Donnerstag 10. Juni.

1880.

Die erste Auflage unseres Blattes wurde  
von der k. k. Staatsanwaltschaft wegen des  
Leitartikels mit Beschlagnahme belegt.

Da es uns unmöglich ist, in so kurzer  
Zeit das Blatt in der gewöhnlichen Güte den  
Lesern zu übermitteln, so ersuchen wir höf-  
lichst, uns zu entschuldigen.

## Sozial-Veränderung.

Seit 12. Mai 1880 befindet sich die Redaktion,  
Administration und Expedition des Partei-Organs  
„Die Zukunft“

V., Hundstürmerstrasse Nr. 89,  
2. Stg., 1. St., Th. 15,

wohin alle Zuschriften und Geldsendungen, welche  
dieselben betreffen, zu richten sind.

## Abonnements-Einladung

auf

# Die Zukunft

Sozial-demokratisches Organ.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und  
zwar an jedem 10. und 24. im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn:  
halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Redaktion und Administration:

5. Bezirk, Hundstürmerstraße 89, Wien.

## Feuilleton.

### Die Börsensteuer.

(Vortrag, gehalten von Dr. Perrot am 17. Februar in der  
Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer in Berlin.)

In Deutschland, wie auch in anderen Ländern  
grünt und blüht ein mächtiger Baum. Weithin erstreckt  
er seine Äste über das Land, alles überschattend, und  
unter der Erde treibt er nach allen Richtungen hin seine  
Wurzeln, ganz erstaunlich weit und tief, bis an Orte  
hin, wo man es oft gar nicht vermuten sollte. An den  
Ästen des Baumes prangen die goldenen Früchte der  
Festperioden und die Blüten duften bestäubend und sum-  
merverwirrend, so daß nur wenige sich dem Zauber dieses  
Baumes zu entziehen vermögen. Wohin aber der Baum  
seine Wurzeln treibt und seine Äste erstreckt, da ver-  
kimmert und erstirbt allmählich alles andere Wachstum.  
Man könnte von diesem gewaltigen Baume wie von  
unserem guten alten deutschen Tannenbaume sagen und  
sagen: „Er grünt nicht nur zur Sommerzeit, — im  
Winter auch, wenn's stürmt und schneit.“ Und gerade  
jetzt wieder, in den vergangenen harten Wintermonaten,  
hat der Baum von Neuem ganz wunderbare Blüten und  
Früchte getrieben und sein berauschender Duft hat wieder  
den alten, verderblichen Zauber ausgeübt. Mit einem  
Worte, ich spreche von dem „Gißbaum“ — der Börse.  
Ja, meine Herren, was man kann für möglich hätte  
halten sollen nach den trüben Erfahrungen aus dem An-  
fange des letzten Jahrzehnts, das ist Wirklichkeit gewor-  
den: das Börsenspiel hat wieder einmal eine Ausdehnung  
erreicht, wie fast in den schlimmsten Gründerjahren, und  
es felt weiter nichts, um den alten Hurenabbat voll zu  
machen, als eine Gründungsepoche! Unter diesen Um-  
ständen darf es denn nicht Wunder nehmen, wenn in  
agrarischem und anderen Köpfen die alte, immer noch  
unverwirklichte Idee einer Börsensteuer von Neuem auf-  
getaucht ist, und daß man einen so beharrlichen Verehrer  
dieser Zukunftssteuer, wie ich es bin, zum Referenten  
darüber bestellt hat. Der Plan einer Besteuerung der  
Börse hat, wie Sie wissen, meine Herren, schon eine Ge-  
schichte. Schon der Finanzminister v. d. Heydt in Preu-

## „Viel Lärm um Nichts!“

oder

### Ein Gemisch aus dem Fortschritt.

Seit geraumer Zeit schon drängt die „Nationali-  
tätenfrage“ — angeregt durch die ministerielle  
„Sprachenverordnung“ — alles andere in den Hintergrund  
der allgemeinen Tagesordnung.

Haben schon die reichsräthlichen Reden und Debatten  
das Thema zu einer (scheinbaren) Wichtigkeit von hoher  
Bedeutung erhoben, so fällt es nun die Presse der  
herrschenden Parteien fast täglich vom Beirartikel bis in  
die „Originalelegramme“ — und es werden in letzterer  
Rubrik dem großen, lesenden Publikum die nichtsagenden  
diesbezüglichen Rundgebungen einzelner Personen  
oder unbedeutender Vereine mit gesperrten Lettern als  
sensationsvolle Neuigkeiten aufgeführt.

Daß bei dem Lärm auch das Vereinswesen vom  
Nationalitätenhader angesteckt ist, kann bei dem Alter der  
Nationalitätenfrage nicht Wunder nehmen, denn der „echte  
Oesterreicher“ haltet eben noch etwas auf's Alt hergebracht.  
Es felt nur noch, daß sich etliche, der in letzter Zeit  
ohne Zweifel meist sehr schwach gewordenen Arbeitervereine  
der allgemeinen Strömung anschließen, damit dem Alt-  
hergebrachten seine ungeschmälerte Ehre zu Teil würde.  
Und nun, was gibt es denn über die Bedeutung  
der Nationalitätenfrage für Worte für uns zu verlieren?  
— Was hat es Anstößiges an sich, wenn verordnet wird,  
daß deutsche Eingaben deutsch und tschechische in tschech-  
ischer Sprache zu beantworten sind? — höchstens, daß  
einige Beamte eine Zeit lang ihre Sprachkenntnisse zu  
erweitern genötigt wären.

Aber was kümmert dem arbeitenden und mitleiden-  
den Volk der ganze Lärm? — Würde nicht Mancher  
unter uns mit Eifer an die Erlernung der tschechischen  
oder irgend einer anderen Sprache gehen, wenn er d a-  
d u r c h Aussicht auf einen a n n e h m b a r e n E r w e r b  
hätte? Und haben sich dieser Aufgabe denn nicht schon  
Millionen unterzogen und werden es auch in Zukunft?  
besonders bei solchen Erwerbsverhältnissen wie heutzutage!  
— Aber selbst angenommen, es wäre auf eine gewalt-  
same Verklammerung der Deutschen abgesehen, — was  
übrigens auch ohne Opposition seinen Haken haben  
würde — was hätten wir Arbeiter für unsere Lage  
Rachhaftes zu verlieren? Wer wird bestreiten, daß es

für uns weit Wichtigeres zu erstreben gibt, als die Er-  
weiterung unseres Sprachgebietes?! Oder sollen wir über  
diese wichtigen Fragen schon so weit hinaus sein, um  
uns für sprachliche Körperlichkeiten interessieren zu können?  
Sollen wir uns bei Betrachtung der derzeitigen Lage des  
Volkes daher nicht fragen können, daß uns solche Ber-  
euerheiten der Nationalitätenfrage und ihrer Trabanten  
vollständig kalt lassen können?

Und doch Nein! — dies wäre ein grober Irr-  
tum! Wir hätten die K o n s e q u e n z e n der Sprachen-  
frage ignoriert! Abgesehen von den daraus — besonders  
bei der modernen Organisation des Berufswezens ent-  
springenden Schwierigkeiten wolle man einmal bedenken,  
wie viel brennendere, soziale, ökonomische und  
politische Fragen (ich benenne hier nur die Gewerbege-  
gebung) die dringend ihrer Lösung harren, durch die  
fragliche Sache nun wieder auf geraume Zeit von der  
Behandlung in den gesetzgebenden Körpern, sowie auch  
in der Presse z. zurückgeschoben sind!

Aber die Sache hat noch einen andern Hinter-  
grund. Denn wird nicht durch den Betrieb der Sprachen-  
frage das Volk von der Betrachtung und Besprechung seiner  
wirklichen Interessenfragen abgelenkt? —

Können wir ruhig zusehen, wie man von gewisser  
Seite unsere Schicksalsbrüder zu zwecklosen Gegnern hebt  
und damit der Einigkeit und dem Solidaritätsgefühl einen  
Prügel unter die Fülße wirft?!

Es kann für uns auch nicht gleichgültig sein, wenn  
durch solch unsinniges Fragenstellerei der „Presse vom  
großen Wort“ die öffentliche Diskussion von den dringen-  
den Interessenfragen des Volkes abgelenkt und damit der  
Fortschritt in der allgemeinen Erkenntnis und Aufklärung  
gehindert wird.

Und es kann uns nicht einerlei sein, wenn wegen  
dieser Angelegenheiten, z. B. die von uns so ungeduldig  
erwartete Revision der Gewerbegeetze noch ein paar  
Jahre auf sich warten läßt! u. s. w.

Es geht hieraus hervor, daß uns, die wir uns die  
Aufgabe gestellt, für die Interessen des arbeitenden  
Volkes zu wirken, die spezielle Aufgabe obliegt, zur  
Sprachenfrage o f f e n Stellung zu nehmen durch Druck  
und Wort, in Vereins- und allgemeinen Versammlungen,  
sowie in privaten Gesprächen, um das arbeitende Volk  
von Irrwegen ab- und zur Erkenntnis seiner wirk-  
lichen Interessen zu bringen.

ken ging, kurz vor Beendigung seiner Laufbahn, mit dem  
Projekte einer Börsensteuer um. 1869 wurde dem Reichs-  
tage des Norddeutschen Bundes ein Entwurf zu einem  
Börsensteuergeetze vorgelegt — aber auch dieser wurde  
abgelehnt. Später — April 1871, stellte der konservative  
Abgeordnete Wilmanns im deutschen Reichstage einen  
Antrag auf Einführung einer Börsensteuer, wurde aber  
damit förmlich verhöhnt und der Antrag fiel. 1872  
tauchte mit anderen Steuerreformprojekten der Gedanke  
an eine Börsensteuer von Neuem auf und auf ein von  
mir erstattetes Referat faßte der mecklenburgische Handels-  
tag im Herbst 1872 mit großer Majorität eine Resolu-  
tion zu Gunsten einer solchen Steuer. Nachdem 1873  
im „wunderwollen Monat Mai“ der große „Kraich“  
eingetreten war und die Börse ihre Schärfschen vollständig  
im Trocknen hatte, schien auch die Reichsregierung ernste-  
licher an eine Börsensteuer zu denken und die Zeitungen  
sprachen wiederholt davon, daß der Bundesrat sich mit  
einer bezüglichen Vorlage befasse. Es kam aber nichts  
derart zum Vorschein. Im Herbst 1875 hat der Aus-  
schuß des Kongresses deutscher Landwirte auf meinen  
Antrag eine Resolution zu Gunsten der Börsensteuer ge-  
faßt, die Sache auf die Tagesordnung der damals in  
Heidelberg beabsichtigten Generalversammlung des Kon-  
gresses gesetzt; aber jener Heidelberger Kongreß kam nicht  
zu Stande. Bald darauf, im demselben Herbst 1875, hat  
endlich Herr Camphausen dem Reichstage ein Börsen-  
steuerprojekt vorgelegt, welches in dem Vorschlage gipfelte,  
von jedem Schlussscheine an der Börse, gleichgiltig, ob  
er über 300 Mark oder über eine Million laute, eine  
Steuer von 25 Reichspfennigen zu erheben. Aber auch  
diesmal wurden Mittel gefunden, an der Börsensteuer  
— vorbei zu steuern, indem man plötzlich die überraschende  
Entdeckung machte, daß das Reich eigentlich gar keine  
neuen Steuern bedürfte. So liegt die Sache bei uns seit-  
dem. Inzwischen existirt eine Börsensteuer, wenn auch  
mehr nach dem Muster der Camphausen'schen 25-Pfennig-  
Vorlage, sowohl in Frankreich, wie in Italien. Selbst in  
England müssen alle ausländischen und Kolonialpapiere,  
die umgesetzt werden, mit einem Stempel versehen sein,  
dessen Betrag steigt mit der Nominalsumme, auf welche  
die umgesetzten Stücke lauten. So beträgt dieser englische  
Stempel bei Papieren von nicht über 25 Pfund Sterling

Nominalwert 8 Pence, für Stücke von 25 bis 300 Pfund  
Sterling 1 Shilling, 3 Pence für jede angefangene  
50 Pfund Sterling, für Papiere von mehr als 300 Pfund  
Sterling 2 Shilling, 6 Pence für jede angefangene  
100 Pfund Sterling.

Auch in Oesterreich ging man vor Kurzem, wie  
die Blätter melden, mit dem Gedanken einer Börsen-  
steuer um; es scheint aber, daß man dabei auf „unüber-  
windliche“ Hindernisse gestoßen ist, denn es ist selbst in  
diesem geldbedürftigen Lande wieder ganz stille davon  
geworden. So viel beiläufig zur Geschichte der Börsen-  
steuergeetze. Wir stehen nunmehr, wie früher schon wieder-  
holt, von Neuem vor der Frage: Wie ist 1. die For-  
derung einer Börsensteuer zu begründen, und wie muß,  
wenn die Forderung als begründet nachgewiesen ist,  
2. die Börsensteuer eingerichtet sein? Beide Fragen kön-  
nen nur beantwortet werden aus einer richtigen Beur-  
teilung des Börsenverkehrs heraus. Wir kommen also zu  
der Vorfrage: Was ist die Börse? Was geschieht dort?  
Und welcher Art sind die Wirkungen jener finanziellen  
Vorgänge, welche an der Börse stattfinden?

Die Börse war, wie Jedermann bekannt ist, ur-  
sprünglich eine Einrichtung zur Erleichterung des Engros-  
Handels in größeren Handelsplätzen. In Deutschland hat  
die Börse dieser ihrer ursprünglichen Aufgabe auch bis etwa  
in die Dreißigerjahre dieses Jahrhunderts überwiegend  
gedient. Sie war vorwiegend ein Ort von Waarenpreisen  
für den Engros-Handel bestimmt und kaufmännische Ge-  
schäfte abgewickelt wurden. Eine andere Richtung erhielt  
die Börse, als die Schuldpapierre au porteur und die  
Aktien in größeren Beträgen in den Verkehr kamen.  
Das war in Deutschland erst seit den Dreißigerjahren  
der Fall, in England, Frankreich und Holland dagegen  
schon früher. Wir liegt z. B. der Leipziger Kurszettel  
vom 30. Juni 1807 vor: er enthält überhaupt nur 35  
Positionen, und zwar 15 Wechselkurse und 20 Kurse von  
Münzsorten. Keine einzige Notiz über Schuldpapiere oder  
Aktien. Nehmen wir den Berliner Kurszettel von etwa  
10 Jahren später, vom 7. Februar 1818 zur Hand, so  
finden wir auf demselben 43 Kurse verzeichnet, darunter  
16 Wechselkurse, 5 Goldsortenkurse und jetzt auch schon  
eine besondere Rubrik für „Fondskurse“, welche jedoch  
nur 13 Papiere aufzählt. Der größte Teil dieser Papiere





er wolle sich aufhängen, da er nichts zu leben habe. Der Schutzmann bewies auf's Strengste das unzulässige Vorhaben, forderte den Mann auf, seiner Wege zu gehen, bemerkte dann aber, daß derselbe den einen Arm in der Schlinge des Stricks befestigt habe. „Was soll das bedeuten?“ sagte er, „wenn man sich aufhängt, zieht man doch die Schlinge um den Hals.“ „Das habe ich auch getan,“ erwiderte das Individuum, „aber das konnte ich nicht aushalten, weil mir der Atem ausging.“ — Nun vergißt aber der sich an Selbstmordgeschichten erlaubende fromme König, daß der Selbstmordtätiger gewiß nicht aus Herz den Selbstmord fingiert, sondern wahrhaftig das Mitleid seiner Mitmenschen erregen wollte, also immerhin Not und Hunger das Motiv der Handlung war. Aber der König amüsst sich und lacht ob solcher Geschichten, er denkt aber nicht daran, daß Tausende vom Elend zur Verzweiflung getriebene Personen mit Recht rufen können: „Häjar, die dem Hungertode Geweihten grüßen Dich“.

Das Obergericht in Hildesheim hat den Herrn Dr. Debedind in Wolfenbüttel am 1. v. M. der Majestätsbeleidigung schuldig gesprochen und zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte in der Schrift des Herrn Debedind: „Erörterungen über die Kronfolge im Herzogthum Braunschweig etc.“ vier Stellen herausgehoben, auf die er seine Anklage gründete. Das Obergericht hat in Betreff einer dieser Stellen die Anklage nicht begründet befunden. Es wird von Interesse sein, gerade diese Stelle, Seite 24 der Schrift, wörtlich und buchstäblich anzuführen. Sie lautet, wie folgt:

„Bekanntlich hatte man in den Revolutionsjahren des Jahres 1848 in Berlin sogar die Grundbesitzungen des damaligen Kronprinzen von Preußen für National Eigentum erklärt; ja der hohe Herr mußte, seines Lebens in Berlin nicht mehr sicher, vor der Volkswut flüchten.“

Erst August, der alte König von Hannover, nahm ihn in seinem Palais in Herrenhausen gastlich auf und verbat ihn hier gegen vierzehn Tage lang, bis er sich von dort sicherer nach England flüchten konnte. Bei seinem Abschiede von Herrenhausen sprach der damalige Kronprinz, jetzige König von Preußen gegen den alten König, der damals allein der Revolution in Deutschland mutig die Stirne geboten und seinem Volke nicht mehr versprochen hatte als er darauf wirklich auch hielt, seinen Dank mit den ergreifenden Worten aus:

„Ich weiß es in der That nicht, wie ich Dir je dafür danken soll, daß Du mir so das Leben gerettet hast.“

Worauf der edle Greis einfach erwiderte: „Nimm Dich nach meinem Tode meines blinden Sohnes an.“ Ein fester Händedruck sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu, und so schieden beide Herren voneinander. Dieses Zwiesgespräch weiß ich aus ganz sicherer Quelle. Dasselbe läßt sich noch heutigen Tages vollkommen konstatieren.

Nun, wie dieser Wunsch des hochseligen Königs Ernst August von Hannover in Erfüllung gegangen ist, soll unter III dieses Aufsatzes noch etwas näher als wol allgemein bekannt ist, beleuchtet werden.“

So weit Herr Dr. Debedind. Das Gericht hat also die auf diese Stelle gegründete Anklage des Staatsanwaltes fallen lassen. Dieser eine Punkt, den der Gerichtshof indirekt als berechtigt anerkannt, hat genügt, um die Persönlich und mackerliche Heuchelei der Hohenzollern in's rechte Licht zu stellen.

Der Hamburger „Reform“ wurde folgende Foc zum Hilde eingekauft: Zwei preussische Offiziere, im Hamburger Hafen ein Auswandererschiff betrachtend; der eine sagt zum anderen: „Es ist doch stark, daß jetzt so viele Deutsche nach Amerika auswandern, siehe sich nichts dagegen tun?“ — Vorsbergender Schwärmer: „Ja, wollen Sie man, daß Amerika preussisch wird, denn geht kein Mensch mehr hin.“ — Die Antwort, die den Nagel auf den Kopf getroffen hat und die mit einigen Variationen auch für andere Staaten ihre Geltung hat.

Frankreich. Wie wir wissen, hat der beabsichtigte Massenbesuch der Pariser Arbeiter am Friedhof Père-Lachaise in der Presse Frankreichs, ja selbst Deutschlands und Oesterreichs viel Staub aufgewirbelt. Man besichtigte allgemein einen Zusammenstoß der Besucher mit der Polizeimacht. Daß letztere darauf vorbereitet, bewies ihr massenhaftes Erscheinen an betreffenden Orten und zeigt uns ein Beschluß des Pariser Gemeinderates, wonach mit 34 gegen 7 Stimmen dem Polizeipräsidenten eine Rüge erteilt wurde, daß die Uebergriffe auf Seite der Polizei und nicht auf der Arbeiter waren. Der Wortlaut dieser Rüge besagt, „daß er (der Polizeipräsident) in den Anweisungen an seine Unterbeamten die verachtenswürdigsten Traditionen des Kaiserreiches wieder aufgetischt habe“. Dieser Beschluß überhebt uns jeder weiteren Bemerkung. Im Uebrigen war die Hal der Besucher keine so starke, als man ursprünglich anzunehmen berechtigt war. —

Aus Rußland wird berichtet: „Die Schlußsitzung im Prozesse Weimar währte 18 Stunden. Sämmtliche Angeklagte wurden schuldig gesprochen und das Urteil dem 26 v. morgens 1/4 Uhr, verkündet. Michailoff und Saburoff wurden zum Tode durch den Strang, Troschischanski zu 20jähriger, Wainar und Beronidoff zu 15jähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken, Wolentka zu 15jähriger Zwangsarbeit in einer Fabrik, Löwenthal zu 10jähriger Festungshaft, Katschanow zu sechsjähriger und Witaniowa zu vierjähriger Zwangsarbeit in einer Fabrik, endlich Malinowskaja zur Verbannung nach Tobolsk mit Verlust aller Rechte und Bulanoff zur

gleichen Strafe ohne Verlust der Rechte verurteilt. Bei Weimar und Wolentka wurden Mildegründe bewilligt.“ — Somit wäre die Ordnung für eine kurze Galgenfrist wieder gerettet.

Wie sehr aber die blasse Furcht schon das Gehirn der Bourgeoisie in bedenkliche Wellenbewegung versetzt hat, erhellt aus folgenden Märgen, das die Bourgeoisblätter ganz ernsthaft erzählen. Die gruslich-furchtliche Schauermärchen ist folgende: „Sämmtliche Nihilisten und Nihilistinnen gehen — Heutzutage — jaungen. Diese Heutzutage werden teils in der Taube oder „an der Leine geführt“ nach Rußland gebracht (wahrscheinlich sind letztere auch mit einer Hundemarke versehen. Anmerkung des Lesers), hier losgelassen, damit sie die Felder verwüsten und das hiedurch erbitterte Volk zum Aufstand bringen.“ — Nun, wenn bei dieser Geschichte der dumme Hans nicht das Gruseln lernt, dann lernt er es nimmermehr. —

### Aus Parteikreisen.

Am 2. Juni wurde der seit 1. März l. J. sich im hiesigen Landesgerichte in Untersuchungshaft befindende Johann Langer, genannt Dobrodinsky, in Folge des Beschlusses der Kammer entlassen. Durch diesen Beschluß wird die Anklage gegen Dobrodinsky wegen Hochverrates, Störung der öffentlichen Ruhe und wegen Verrathens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung zurückgezogen.

Genosse Bloch, der vor Kurzem erst aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, ist durch eine Verfügung des Bezirksgerichtes Wieden, das Ausweisungsbefehl zugestellt und sollte derselbe innerhalb drei Tage Wien verlassen.

Selbstverständlich ergreift Bloch Refugium gegen diese Maßregel, welche um so unbegründeter erscheint, als ja die Untersuchung gegen ihn geschlossen und keinen Anhaltspunkt zur Anklage geboten hatte.

Aus Floridsdorf wird uns berichtet: Sonntag den 30. Mai bekamen mehrere Genossen Vorladungen, mit der Aufforderung sich beim Finanzkommissariat Sendungen abzuholen. Nachdem die Genossen dieser Vorladung nachgekommen, zeigte es sich, daß es sich um Briefsendungen, enthaltend die Moskische „Freiheit“ handelte. Als Grund der Vorladung wurde angegeben, den Staat vor Gefährdung zu schützen, indem ausländische Zeitschriften einer Stempelpflicht von zwei Kreuzer pro Exemplar unterliegen. — Der amtierende Kommissar frag, ob sie die Sendung eingehändigert wünschlen, jedoch mußten sie dann den entsprechenden Strafbetrag entrichten. Diese Frage wurde jedoch dahin beantwortet, daß diese Sendung sie nichts anginge, da sie auf diese Zeitschrift nicht abonniert seien und wiesen die Sendungen zurück. — Dies der Sachverhalt. Doch können wir nicht umhin, zu fragen, wie man weiß, daß in einem Briefe sich Zeitungen befinden? Jedenfalls wäre uns eine Auskunft sehr erwünscht.

Der im Kratauer Sozialistenprozess verwickelte und hier am 26. Februar l. J. verhaftete Konrad Korzybski ist am 29. April in Kratau zu drei Monate Kerker und 50 fl. Geldstrafe (10 Tage Arrest) verurteilt worden.

### Aufruf an die Weber Oesterreichs!

Fachkollegen!

Die Notwendigkeit einer guten Organisation in unserem Gewerbe machte sich in letzterer Zeit mehr als je fühlbar. Durch die Fortschritte der Mechanik ist in der privatkapitalistischen Produktionsweise die Lage der Weber am härtesten betroffen. In allen größeren Industriefabriken ist der größte Teil männlicher Arbeiter ohne Beschäftigung, während Frauen und Kinder die Arbeit um geringen Lohn verrichten, unbestimmt darum, daß sie ihren eigenen Ernährern Konkurrenz machen. Wie lange solche Zustände noch dauern werden, liegt an den Arbeitern selbst. So lange Ihr euch nicht bemüht, euer Lage zu verbessern, habt Ihr den Druck des Elends zu tragen, denn andere Gesellschaftsklassen können und werden euer Interesse nicht vertreten. Darum rufen wir Euch zu: Fachkollegen, wachet auf aus dem langjährigen Schlafe der Gleichgültigkeit und Unwissenheit, lernet eure Lage kennen und die Mittel und Wege zu deren Verbesserung! In jedem anderen Gewerbe suchen sich die Kollegen zu vereinigen, bei dem Weberhandwerk, welches doch in Oesterreich allen anderen Gewerben zum Muster dienen sollte, weil es am stärksten vertreten ist, herrscht aber der größte Indifferentismus; man hat es sich schon zur Gewohnheit gemacht, über die Möglichkeit einer Verbesserung der Lage der Arbeiter im Zweifel zu sein und doch bedarf es hierzu keines so großen Opfers.

Ihr braucht nur die Macht der Einigkeit zu erkennen und Ihr werdet euch bald die Ueberzeugung verschaffen, daß die Einigkeit in Wahrheit eine Macht ist, gegen welche das Kapital ohnmächtig dasitzt, wenn es sich zu brechen versucht. Vereinigt müssen wir den organisierten Kapitalisten gegenüber unterliegen, denn diese sind, wenn auch verschiedenen Farbenschatirungen angehörend, in dem einen Punkte, ihr eigenes Interesse auf Kosten des Arbeiterinteresses zu wahren, immer einig; sie lassen keinen Moment unbenuzt vorübergehen, wo es gilt, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Wir müssen daher, wenn wir nicht der modernen Sklaverei ganz und rettungslos verfallen wollen, alle persönlichen Leidenschaften bei Seite werfen und immer das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft im Auge halten. Wir müssen ein zuversichliches Vorgehen in unserm Gewerbe schaffen und um dieses zu erreichen, werden die Bränner Fachkollegen bestrebt sein, einen allgemeinen oesterreichischen Webertag einzuberufen. Die Fachkollegen allerorts werden daher aufgefordert, diesen Webertag zahlreich durch Delegationen zu beschicken. Als Tagesordnung wurden folgende Punkte

aufgestellt: 1. Die gegenwärtige Lage der Weber Oesterreichs. 2. Die Frauen- und Kinderarbeit. 3. Lohnkontrolle. 4. Arbeitsvermittlung. 5. Die Gewerbeverträge.

Als geeignete Tage zur Abhaltung wurden der 27. und 28. Juni l. J. bestimmt.

Wien, im Monate Mai 1880.

Albert Schläger. Josef Rizet.

Seite Nr. 99.

NB. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden ersucht, diesen Aufruf in Abdruck zu bringen.

Hainfeld. Der Arbeiter-Sängerbund von Wien hatte über die Pfingstferien eine Ausflugs in unsere Gegend gemacht und verband, nach schon früher darüber gepflogener Uebereinkunft, ein Sängerefest in Hainfeld damit. Troßdem der Himmel ein finsternes Gesicht ob der Reicheit der sozialdemokratischen Sangesbrüder, die nur um unsere Enttäuschung zu entweichen gekommen, machte und selbst der Donner in gewaltigen Stößen sich Luft verschaffte, sollten wir es dennoch erleben, daß gegen Abend die empörte Natur sich besänftigte, mild die Sonne auf uns arme Sünder niederlächelte und selbst der Donnervogel sich empfahl. Das nun doch im Freien abgehaltenen Sängerefest, welches sehr stark und zwar meistens von Arbeitern besucht war, verlief glänzend.

Montag Ausflug ins Gebirg, aber nicht ohne vorher unser leider schon 1/2 Jahr krankes Mitglied Konrad Meyan zu besuchen. Bei der Gelegenheit wurde so recht der Ausdruck des Dichters: „Böse Menschen haben keine Liebe“ zur Wahrheit, denn Herr Brauha hatte nichts Siligeres zu tun, als unter den Sängern zu sammeln, um so dem armen bedauernswerten Familienvater neben dem ausgesprochenen Bedauern seiner Lage, auch klagende Beweise des Mitleids zu geben. — Der Ausflug wirkte den Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben, doch hieß es nur zu bald, umkehren. Zum Abschied nahm Genosse Brauha das Wort, um in wenigen schlichten, aber zu Herzen bringenden Worten die hiesigen Arbeiter aufzufordern, die gemeinliche Sache weiter zu pflegen, selbst wenn auch wir das Bewußtsein in uns tragen, daß erst unseren Nachkommen die Früchte zuzukommen dürften.

Das putende Dampfrohr zwang gebieterisch zum Abschied — noch ein Händedruck — und es entlief uns Genossen, die hier länger zu haben, unser herzlichster Wunsch gewesen wäre.

Ja, glaubt es, Genossen! Ihr seid in angenehmen Gedanken hier und glauben wir am besten, neben unsern herzlichsten Dank, den wir Euch hienit nachschicken, unsern herzlichsten Wunsch zu verleihen, Euch ein Wiedersehen! auf nächstens zu erwarten.

Für den allgemeinen Arbeiter-Gewerbeverein Hainfeld zeichneten wir uns mit Gruß und Handschlag der Aussprüche.

Hainfeld, 27. Mai. Zwei hiesige Parteigenossen beabsichtigten für 15. Februar eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: Entwurf einer neuen Gewerbeordnung abzuhalten und machten gehörigen Orts davon auch die Anzeige. Im guten Glauben, daß diese Versammlung um so eher bewilligt werden dürfte, als ja mit derselben Tagesordnung in Reichenberg und andern Orten Nordböhmens Versammlungen bereits stattfanden. Man erwartete wieder etwas Erleichtertes auf und glaubte den allmächtigen §. 6 des Versammlungsgesetzes wieder in die Ecke gestellt. Doch nur zu bald sollten die beiden Genossen eines Besseren belehrt werden, denn unter Hinweis des genannten §. 6 mit der Begründung: „daß nach allen obwaltenden Umständen mit Grund anzunehmen sei, dieselbe eine, die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdende Richtung nehmen werde“, wurde die Versammlung untersagt. In allen Ueberflusse hätte sich das Bürgermeisteramt bemüht, den Einberufen und den Wirt des Lokales, wo die Versammlung stattfinden sollte, persönlich vorzuladen, wo der amtierende Bezirkshauptmann derselben auf die Folgen einer Nichtbeachtung des Verbotes aufmerksam machte. Eine ziemlich univ. Vermutung das, daß Leute, welche eine Volksversammlung einberufen, die diesbezüglichen Gesetze nicht kennen sollten. Die Einberufer ließen sich übrigens auch nicht einschüchtern und riefen schon nach drei Tagen den Ketten bei der l. l. Statthaltereie in Prag ein. Nach Verlauf von sieben Wochen, wo wir noch immer keine Antwort hatten, richteten wir eine Anfrage, um das Schicksal unseres Aufrufes an die l. l. Statthaltereie, was natürlich wieder Stempeln kostete. Endlich am 22. April langte ein Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Böhm-Leipa an uns, worin uns bekannt gemacht wurde, daß das Versammlungsverbot aufgehoben sei, „weil bei der verhandelte Gegenstand noch kein Gesetz ist und sich erst im Stadium der legislativen Behandlung befindet.“ Und dann, um diese einfache Tatsache zu konstatieren, war erst ein Bescheid der Statthaltereie nötig? Bei aller Bescheidenheit wollen wir nur gestehen, daß hierüber bei den Einberufern als einfachen schlichten Menschen, darob nicht der leiseste Zweifel von vornherein herrschte.

Nach diesem Vorspiel hielten wir am 2. Mai die projektirte Versammlung ab und fügten den zeitgemäßen Punkt, die achtjährige Schulpflicht noch bei; die von mehr als 500 Personen besuchte Versammlung, welche von Genossen Waute präsidiert wurde, verlief glänzend.

Als Referent zum ersten Punkte sprach Genosse Schwarz aus Habendorf und entlegte sich seiner Aufgabe meisterhaft, ferner Genosse Böhmer aus Sabel. Zur Beschlußfassung einer diesbezüglichen Resolution meldete sich Genosse A. Waute, welcher die in Nr. 2 des „Arbeiterfreund“ enthaltene Resolution zur Verlesung brachte und zur Annahme empfahl, was nach Zustimmung derselben durch Genossen Schwarz auch geschah. — Zum zweiten Punkte, die achtjährige Schulpflicht, sprachen abermals die Genossen Fr. Schwarz und Waute und wurden deren Ausführungen mit dem lebhaftesten Interesse angehört und mit stürmischen Beifallsrufen belohnt, hierauf wurde die in Nr. 14 der „Jahresblätter“ veröffentlichte Resolution über denselben Punkt eingebracht und von der Versammlung einstimmig angenommen. Beide Resolutionen wurden als eventuell verwendbares Material an den Reichstagsabgeordneten Dr. Kronawetter gehandt.

Die Volksversammlung, welche seit 1873 die erste war, welche hier tagte, verlief in glänzendem Maße und hat die Befürchtung dieses Verbotes der ersten, somit in's rechte Licht gestellt. Troß der für jeden Lehrer wichtigen Tagesordnung hatte es doch keiner der hiesigen Lehrer der Mühe wert gefunden, an der Versammlung teilzunehmen, um zu erfahren, wie das arbeitende Volk über die achtjährige Schulpflicht denkt, welche Stellung es zu dieser für Volk und Lehrer wichtigen Frage nimmt. Diese „gelehrten“ Herren denken sich wahrscheinlich zu gelehrt und zu vornehm, um unter das Volk zu gehen und die Ausführungen von schlichten, ungelahrten Arbeitern entgegenzunehmen. Die

Wäge demnach die Lösung gelten: Aufklärung der nationalen Streitfragen und Hoch das Banner der internationalen Brüderlichkeit! J. K.—s.

Anmerkung der Redaktion. Wenn der Verfasser ausspricht, daß die Nationalitätenfrage in die Vereine getragen wird, um dort ihre Blüten zu treiben, so glauben wir, daß unser gelehrter Mitarbeiter hier nur die Vereine der Sozialbürger und die der hohen Politik treibenden „Bibelberger“ gemeint haben kann. In Arbeitvereinen, wo z. B. wie in Wien, die Mitglieder durchgehend gemischter Nationalität sind, ist uns bis jetzt noch kein Fall bekannt, daß die Sprachverordnungen Stand aufgeworfen. Offenlich werden die Brüdergenossen das Gleiche von ihren Vereinen zu sagen im Stande sein.

## Die Spekulation

Ist ein Auswuchs der vielgepriesenen Konkurrenz, die bei der Sucht, über Nacht reich zu werden, die Grenze des Erlaubten auf hinterlistiger raffinierter Weise überschreitet und so zum Schwindel, zum Betrug wird.

Eine solche raffinierte, hinterlistige Ueberschreitung der Spekulation heißt auch neuerer Zeit, seit dem Prozeß Dfenheim, „mit dem Aermel das Buchthaus streifen“.

Die Grenze zu finden, wo die Spekulation endet und der Schwindel beginnt, ist fast zur Unmöglichkeit geworden, man weiß sich nicht zurechtzufinden, welche Erscheinungen in der Konkurrenz mit den Namen Spekulation oder Schwindel zu benennen sind.

Die Konkurrenz ist so erfinderisch in ihren Mitteln und findet so vertrauensverweckende Formen für seine Manipulationen, daß es Jedermann unmöglich wird, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden, umso mehr als sie das Schreckhafte und Abheuliche in dem schönsten Lichte erscheinen läßt.

Es wird hiedurch Jedermann ohne Unterschied einer solchen schwindelhaften Konkurrenz preisgegeben, man atmet die Atmosphäre des Schwindels ein, nachdem man von ihr umfungen und sich derselben auch nicht entziehen kann und so kommt es, daß man allmählich apathisch sich dem Einfluß hingibt und schließlich nicht einmal den Versuch macht, sich dieses Einflusses zu entziehen.

Es ist eine traurige Tatsache, daß selbst das Treffliche und Gute sich nur dann Eingang verschaffen kann, wenn es sich in schwindelhafte Formen hüllt, so weit hat es bereits die Konkurrenz gebracht. Die Erkenntnis dieser schwindelhaften Tendenz mangelt leider zum großen Teile der menschlichen Gesellschaft und selbst derjenige, der sie gewahrt, findet keinen Ausgang aus dieser Wirrnis.

Ist doch an und für sich das ganze System zersetzend und für das allgemeine Wohl höchst rücksichtslos, am meisten aber leidet hierunter die arbeitende Klasse — weil dieselbe der Spekulation als doppeltes Objekt zur Ausbeutung dient — in dem einen Fall ist es die Arbeitskraft, in dem anderen die Konsumtion.

Die Spekulation wahrlich nicht einmal den Schein der Gerechtigkeit, sondern nimmt ein Stück nach dem andern mit raffinierter Bosheit aus dem Bau der menschlichen Gesellschaft, umbekümmert um den Zusammensturz des Ganzen.

Kann es uns dann Wunder nehmen, wenn der gesunde Kern der menschlichen Gesellschaft gegen dieses kombinierte Raubsystem ankämpft und einen ganz neuen Bau aufzuführen gesonnen ist.

Der jahrtausend alte Grundsatz vom Segen der Arbeit ist verschwunden, die Hoffnung auf schwindelhafte

Spekulation, auf das mit dieser sich vielleicht verknüpfende Glück ist der Glaubensartikel der herrschenden liberalen Ära. Mit Verachtung betrachtet man die Arbeit, ja man gewährt derselben nicht einmal mehr, durch das heutige Lohnsystem, den Rang einer mitleidigen Kuh, von der man doch weiß, daß sie Futter nötig hat, um Milch zu geben.

Der Mensch ist leider das Objekt der Spekulation und sieht sich der raffinsten Ausbeutung preisgegeben.

Bei solchen Grundfragen ist es ganz natürlich, daß man der Arbeit das Gegenteil von Achtung zuwendet und der größte Teil des Arbeitslohnes in die Taschen der industriellen Spekulanten fließt.

Der liberalen Ära ist es gelungen, die Spekulation in ein System zu bringen und mit großer Klarsicht die schwindelhaftesten Operationen, sei es durch Manipulationen mit dem Kapital oder mit der menschlichen Arbeitskraft, durchzuführen.

Die Schwindeloperationen mit dem Kapital haben die Anziehung des kleinen Besitzes vor Augen, konzentriren die Reichthümer in wenige Hände und vernichten dadurch den Wohlstand der menschlichen Gesellschaft.

Am meisten tätig bei dieser Arbeit sehen wir die Aktiengesellschaften, die sich jedoch nicht begnügen, auf finanziellen Gebieten ihre Saugarme auszustrecken, sondern auch auf dem industriellen sich der menschlichen Arbeitskraft bemächtigt haben.

Ebenso bietet der Handel der Spekulation ein weites Feld ihrer Tätigkeit — hier gilt es den Konkurrenten siegreich zu bekämpfen und nebstdem ein gutes Profitstück zu machen.

(Ein zweiter Artikel hierüber folgt.)

## Politische Uebersicht.

„Gut Ding braucht Zeit, damit wollen wir keineswegs gesagt haben, daß das vorliegende Elaborat, welches zwar sehr viel Zeit gebraucht, auch wirklich etwas taugt“, mit diesen Worten oder wenn schon die Worte nicht auf Genauigkeit Anspruch machen, in diesem Sinne über-schrieb ein geistreicher Parteigenosse seine längere Auseinandersetzung der Regierungsvorlage einer neuen Gewerbeordnung vom Jahre 1874. Die Kritik dieser Vorlage war geradezu eine vernichtende. Was aber dieser Kritik erst Bedeutung verschaffte, war der Umstand, daß in sämtlichen, in jener Zeit abgehaltenen Arbeiterversammlungen eine Resolution angenommen wurde, welche als der Ausfluß jener Kriterien zu betrachten war. Die Arbeiter haben also sehr unzweideutig ihr Verlangen ausgesprochen. Das Weitere ist uns ja zur Genüge bekannt — Zurückziehung dieses Entwurfs und das Empor-tauchen des bekannten 1877, nach Stellungnahme seitens der Arbeiter abermaliges Zurückziehen, um einem Antrag, Novelle zur Gewerbeordnung, Platz zu machen. Bei dem Entwurf von 1874 hatte man es schon sehr eilig, wenigstens besagte dies der Motivenbericht — bei den folgenden nicht minder und trotz all dieser Eile stehen wir noch genau auf demselben Fleck wie vor 1874. Daß jene Herren, die als Macher solcher Gesetze zu betrachten sind, keine besondere Eile haben, über die Vorlagen hinauszukommen, beweist uns der Umstand, daß Reichsratsabgeordneter Heinrich Reichauer sich bewilligt fand, nenerlich ein sehr umfangreiches Elaborat am Tische des Gewerbeausschusses niederzulegen. Wir haben bis jetzt nur Gelegenheit gehabt, flüchtig das „allerneueste“

in diesem Sinne zu beschäftigen, aber der kleine Kern von der riesigen Wulst herausgeschält, heißt: abermalige Verschleppung. Wir werden nicht ermannt, demnach die Arbeit des Herausgebers der „Deutschen Zeitung“ uns gehöflich anzusehen und zu belächeln. An die kompetenten Kreise erlauben wir uns jedoch die bescheidene Anfrage zu stellen: Hat man denn schon ganz vergessen, daß der Motivenbericht zum Entwurf von 1874 schon besagte, daß wirtschaftliche Gesetze sich immer den bestehenden Verhältnissen anpassen müssen? Oder glaubt man, letztere hätten sich derart geändert, daß ein weiterer Ausdruck des besagten Motivenberichtes: „Schon 1861 hätte man eingesehen, daß das Gewerbegesetz von 1869 nicht ein den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechendes sei“ — die Durchführung als überflüssig erscheinen läßt? —

Von Jenseits der Weitha wird uns die Kunde von einem der bestorganisirten und vorbereitesten Streiks übermitteln. Die Tischlergehilfen Pest's, 1200 an der Zahl, richteten eine Denkschrift an die Arbeitgeber, in welcher sie die Festsetzung einer mäßigen Normalarbeitszeit und Aufbesserung der Löhne verlangten. Mit Ausnahme von drei Meistern, welche allmählich die Forderungen der Gehilfen akzeptierten, — weigerten sich anfangs die Arbeitgeber, den Vorschlägen der Gehilfen nachzugeben. Interessant ist hierbei der Umstand, daß die Herren Meister in einem schoultig gehaltenen Memorandum an den Patriotismus der Arbeiter appellierten, man wolle dem Arbeiter zumuten, der Arbeiter möge im Interesse der heimischen Industrie, d. h. im Interesse der Bereicherung einiger Weniger den Schwächtriemen enger ziehen. Wie hat sich der Prozenpatriotismus der Herren Bourgeois in drohigerem und dummpfiffigerem Lichte gezeigt.

Uebrigens waren die Arbeiter klug genug, sich von Frajen nicht fangen zu lassen; auch trafen sie Vororge, daß der Polizei, die schon auf der Lauer lag, um unter dem Vorwande der Ruhewahrung mit „kräftiger Hand“ zu Gunsten des Geldsacks einzutreten, jeder Anlaß von vornherein benommen ward. Wie wir nun in letzter Stunde erfahren, hat das Gros der Meister nachgegeben und der Streik ist so viel als siegreich beendet. Die Gehilfen verfügten über eine wolgefüllte Kasse, man spricht von zweitausend Gulden, außerdem waren ihnen Unterstützungen aus allen Provinzstädten Ungarns und Paris zugesichert. Zur Nachgiebigkeit der Meister mag auch viel beigetragen haben das Bewußtsein, daß man es mit einer wolorganisirten Macht zu tun habe. Und noch ein merkwürdiges Faktum ist bei diesem Anlasse zu verzeichnen: Die gesammte Bourgeoispresse äußerte den Ausdruck der unverholenen Achtung über die Streikbewegung und ihre Teilnehmer. Die Moral von der Geschichte ist: Getrennt sind wir nichts, vereint sind wir Alles. —

„Le roi s'amuse“, der König amüsiert sich, so betitelt sich ein bekanntes dramatisches Gedicht unseres großen Gefinnungsgenossen Viktor Hugo. Nun der König aus dem Hohenzollern-Geschlecht amüsiert sich in recht charakteristischer Weise damit, daß er sich von seinem Leib- arzt die Selbstmordgeschichten des Tages erzählen läßt. Dieser Tage hatte der ärztliche Berater etwas besonders Lustiges! Wie sich die Bourgeoisblätter auszubreiten belieben. Ein Schuhmann hatte an jenem Morgen im Tiergarten einen Mann gesehen, der an einem Baume stand und einen verdächtigen Strick um einen Ast geschlungen hatte. Gefragt, was er beabsichtige, gab der Kerl zur Antwort,

sind Pfandbriefe, noch kein einziges Aktienpapier ist darunter. Seit dem Jahre 1835 hat dann in Deutschland der Eisenbahnbau auf Aktien begonnen, und in Folge dessen hat der Handel in Aktien und die sogenannte „Fondspekulation“ erheblich größere Ausdehnung gewonnen. Sehen wir uns z. B. den Berliner Kurszettel vom 8. August 1845 an, so überwiegt hier schon bei weitem die „Fondspekulation“. Dieser Kurszettel enthält bereits 33 Papierrenten, und zwar 13 Obligationen, wie der Zettel vom 27 Jahren früher, dazu aber jetzt 20 Aktienkurse wovon der Zettel von 1818, wie erwähnt, noch keinen einzigen aufweist. Die 20 Aktienkurse von 1845 sind aber noch ausschließlich Eisenbahnaktien. Der Kurszettel verzeichnet noch keine einzige Bank- oder Industriefaktie. Mit diesen letzteren Notierungen wurden wir erst beglückt in der ersten Aktienschwindelperiode, welche Deutschland in der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre erlebt hat. Die Anregung zu derselben ging damals bekanntlich von Frankreich aus, wo Napoleon dem Crédit mobilier und ähnlicher Schwindelunternehmungen freien Lauf gegeben hatte. Man kann sagen, daß die Agiotage, der eigentliche Börsenschwindel, in Deutschland bis zur Einführung der Eisenbahnaktien im Anfange der Vierzigerjahre so gut wie unbekannt war. Erst mit dem Aktienschwindel hat auch der Börsenschwindel bei uns seinen Einzug gehalten. Erst seit den Fünfzigerjahren kennt man in Deutschland überhaupt den Schwindel in Industrieaktien. Er ist als exotische Pflanze bei uns importirt, und zwar aus Frankreich. In Frankreich ist der Börsenschwindel erheblich älter als bei uns. Er ist dort schon im Anfange des vorigen Jahrhunderts unter dem liebedürftigen Regenten Philipp Orleans durch den Schotten Dav aus England eingeführt. (Siehe das Feuilleton „Ein Krach vor hundertundfünfzig Jahren.“) Redaktion der Zukunft.) Weniger bekannt ist die wichtige Tatsache, daß mit dem Zusammenbruche des Pariser Bank-, Börsen- und Aktienschwindels in Frankreich die Schwindelerei nur kurze Zeit aufhörte und in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wieder in der äppigsten Blüte stand, derart, daß Graf Mirabeau im Jahre 1778 bereits Veranlassung nahm, düstere Profezierungen einer kommenden Revolution an diesen Schwindel zu knüpfen, welcher beiläufig ganz verzwelfelte Ähnlichkeit mit der jüngsten, d. h. vorjährigen Schwindelperiode in Frankreich hatte.

Es handelt sich in beiden Perioden ganz besonders um Gründungen auf dem Gebiete des Bank- und Versicherungswesens. Und die vom Grafen Mirabeau in seiner „Anklage gegen die Agiotage“ profesezierte Revolution kam. Es kam hinterher die europäische Sündflut der Napoleonischen Kriege. Sie hat zwar vieles hinweggeschwemmt, was die vulkanischen Ausbrüche der ersten Revolution noch aufrecht gelassen hatten; aber die süßen Trabizionen des Börsen- und Aktienschwindels überdauerten das vulkanische und das neptunische Zeitalter unserer neueren Geschichte und als im Jahre 1814 der Friede geschlossen war, da knüpfte die Restauration — nach dem alten Sage: „Nichts gelernt und Alles vergessen“ — unbekümmert am alten Ende wieder an. Se. Majestät Ludwig XVIII. verließ persönlich die eintürigen Mafferkstellen an der Pariser Börse an bevorzugte Günstlinge um Zahlungen bis zu zwei Millionen Franks, welche in der Regel zu Gunsten der zurückgekehrten Emigration verwendet wurden. Die Aktiengesellschaften schossen in Paris aus der Erde wie Pilze nach einem warmen Regen und der Börsenschwindel blühte mit einer Leppigkeit, welche uns hier in Deutschland damals wie ein Märchen aus „Tausend und eine Nacht“ erschien. Schon damals kam die Pariser Presse vollständig in die Hände von Aktiengesellschaften und Bankgeschäften. Wenn irgend etwas geeignet war, das Königtum der Restauration in den Augen der französischen Bevölkerung verhasst und verächtlich zu machen, so war es gerade dieser ungeheure Börsenschwindel, und wenn man die Ursachen der Revolution von 1830 aufzählt, so wird jener Schwindel in erster Linie mit zu nennen sein. Es kam dann das Bürger-Königtum von Louis Philipp, unter welchem der Börsenschwindel noch energischer betrieben wurde, als vor der Julirevolution. Herr Guizot sprach damals sein berühmtes Wort: „Enrichissez-vous!“ (Bereichern Sie sich) — anscheinend ohne eine Ahnung davon zu haben, von welcher Art die Dinge und Vorgänge waren, welche damals in Frankreich hinter dieser Fraje standen.

1847 wurde ein früherer Handelsminister, Herr Teste, in öffentlicher Verhandlung durch die Pariskammer, welcher er angehörte, wegen Bestechung durch die Gründer einer Aktiengesellschaft zu langjährigem Gefängnis verurteilt und 1848 war es mit der Popularität des baumwollenen Regenschirmes vollständig zu Ende. Die Revo-

lution von 1848 brach herein, und der König Louis Philipp mußte mit seiner Familie nach England entfliehen. Der vom General Cavaignac blutig niedergeschlagene Juli-Aufstand ließ bald darauf einen tieferen Blick tun in die eigentliche Wirkung des Treibens, welchen Herr Guizot sein ermutigenes „Enrichissez-vous“ zugerufen hatte. Alles das war aber nur erst Vorpiel zu dem, was in Frankreich und anderwärts noch kommen sollte. Es kam nunmehr die Regierung Napoleon's III. — Hatte sich unter Louis Philipp das Börsenspiel immer noch mehr innerhalb der wohlhabenderen Bevölkerungsklassen gehalten, so verstanden es die Finanzkünstler des neuen Napoleonischen Regimes, dieses Spiel in alle Bevölkerungsschichten hineinzutreiben. An der Spitze dieses Treibens marschierten die Gebrüder Pereire mit ihren berühmten Crédit mobilier. Von der ungeheueren Ausdehnung, welche der Börsenschwindel damals in Frankreich erreichte, werden wenige Ziffern einen Begriff geben. Man hat berechnet, daß die 60 offiziellen Agenten der Pariser Börse gegen Ende der 50er und anfangs der 60er Jahre an Senjal- und sonstigen offiziellen und nicht offiziellen Bezügen eine jährliche Einnahme von 350 Millionen Franks hatten: das ist mehr als die ganze französische Armee damals zu unterhalten kostete. Die ausschließlich offiziellen Courtagelöhne der damaligen 60 Pariser Börsenagenten berechnete man zuverlässig auf rund 80 Millionen Franks, während die Zivilisten von Frankreich, England, Oesterreich und Preußen damals zusammen erst 68 Millionen, also 12 Millionen weniger bezogen, wie die offiziellen Courtagelöhne der Herren Börsenagenten in Paris. Das, meine Herren, sind aber nur erst die Sporteln des Börsenspiels, welche von den Börsenagenten gezahlt werden. Die Sporteln der Bankgeschäfte sind dabei noch gar nicht eingerechnet, und die Spielsummen selbst, um welche es sich hier handelt, erheben sich zu wahrhaft unermeßlichen Beträgen. Man hat die jährlichen Umsätze, deren Markt der Börsentempel in Paris ist, zu Anfang der 60er Jahre auf mindestens 60 bis 80 Milliarden Franks geschätzt. (So weit der Vortrag des Herren Perrot. Wie halten es für überflüssig, daran weitere Bemerkungen zu knüpfen, die hier angeführten Tatsachen agitieren genaug.)